

Aus Anlass der Haltung, die die Fraktion und die Parteileitung überhaupt bei der Finanzreform eingenommen haben, haben sich in der Partei vielfach Verstimmungen und Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Dass die Fraktion in zweiter Lesung für die Erbschaftsteuer stimmte, wurde von mehreren Seiten getadelt, weil man darin eine prinzipielle Zustimmung zu diesem Teil der Finanzreform erblickte. Diese Darstellung wird auch von den revisionistischen Wortführern gegeben; so führte z.B. Robert Schmidt in einer Berliner Versammlung aus, die Fraktion habe dafür gestimmt, weil wir natürlich für jede Besteuerung der Besitzenden eintreten. Mag man nun über die Frage, ob eine prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber der vorgeschlagenen Erbschaftsteuer auch zu einer Ablehnung jedes einzelnen Artikels in zweiter Lesung hätte führen müssen, verschieden denken, so steht doch jedenfalls fest, dass dieses Votum nicht die Bedeutung einer prinzipiellen Zustimmung hatte. Sonst hätte nicht die ganze Fraktion ohne Widerspruch dazu beschlossen. Denn es ist bekannt, dass nur die Revisionisten eine prinzipielle Zustimmung, die radikalen Genossen dagegen eine prinzipielle Ablehnung dieser Erbschaftsteuervorlage befürworteten.

Es hätte sich also erst bei dritter Lesung, wozu es nicht gekommen ist, zeigen können, welche der beiden Auffassungen die Fraktion in ihrem Votum zum Ausdruck bringen würde. Nun sind die beiden Richtungen in der Fraktion nicht viel an Stärke verschieden; je nach der zufälligen Abwesenheit einiger Mitglieder hätte die Entscheidung so oder anders ausfallen können. Es ist aber für die Partei ein unleidlicher Zustand, dass von solchen Zufällen die Stellungnahme ihrer Vertreter in wichtigen politischen Fragen abhängt. Deshalb soll die Partei selbst auf ihren Parteitage darüber entscheiden. Es handelt sich hier auch nicht um eine Frage der **S t e u e r p o l i t i k**, wie z.B. bei der Frage ob wir jede Verbrauchssteuer ablehnen sollen. Sondern es handelt sich hier - wie sich schon aus der grundsätzlich entgegengesetzten Stellungnahme der radikalen und der revisionistischen Richtung ergibt, - um eine Frage der allgemeinen **P a r t e i t a k t i k**. Und ihre Taktik muss die Partei immer selbst bestimmen; die kann sie der Fraktion nicht überlassen.

Die parlamentarischen Vertreter der Partei nehmen an der gesetzgeberischen Arbeit teil; ihre Tätigkeit besteht darin, über Gesetzesvorlagen und deren einzelnen Bestimmungen ihre Auffassung zu verfechten und durch ihr Votum zum Ausdruck zu bringen. In dieser Technik der Herstellung von Gesetzen wird die Partei ihren Abgeordneten immer die allergrösste Selbständigkeit lassen. Sie kann das um so eher, weil über den Wert, den Unwert oder die Schädlichkeit einer Vorlage für das Proletariat Revisionisten und Radikale fast immer völlig eins sind. Daher, dass man so oft die Ansicht begegnet, die hitzigen Kämpfe um die Taktik der Partei seien eigentlich bedeutungslos, da sich in konkreten praktischen Fragen fast immer Einmütigkeit herausstellt.

Aber gerade die Tatsache, dass um die Taktik immer mit grösster Leidenschaft gestritten wird, kann darüber belehren, dass es sich um etwas anderes als um praktisch-gesetzgeberischen Fragen handelt. Nicht unsere Stellung zu irgendeinem Gesetz, sondern unsere Stellung zu den anderen Parteien, zu der Regierung, zu der ganzen gesellschaftlichen Ordnung kommt dabei in Frage. Nicht um die Beurteilung juristischer Paragraphen, sondern um unsere Haltung gegenüber den feindlichen Klassen liegen die verschiedenen Richtungen sich in die Haare. In ihrer Taktik spricht die Partei sich darüber aus, wie sie sich zu den anderen Klassen und deren Sachwaltern stellt. Das ist natürlich keine Sache parlamentarischer Vertreter sondern Sache der Partei selbst. Daher sind alle Parteitage mit Kämpfen um die Taktik gefüllt, während die speziellen, oft hochwichtigen Gesetzesvorschläge kaum mehr Beachtung finden, als dass ein Nachmittag für ein Referat und eine Resolution eingeräumt wird. Dieses Verhältnis ist oft als Missverhältnis gerügt worden, ist jedoch selbstverständlich. Ist die Taktik nicht gut, so treten Verwirrung und Unsicherheit in allen Fragen ein. Ist aber einmal die Taktik,

das Verhalten zu den anderen Klassen in Ordnung, dann geht unser Schiff ohne Schwierigkeit seinen festen Kurs, und dann kann man die Gesetzesvorlagen selbst ruhig den Parlamentariern überlassen.

Bei der Erbschaftsteuervorlage handelte es sich auch nicht um eine Stellungnahme zu einer Sache, zu einem Gesetz, sondern um die Stellungnahme zu einer Regierung, zu einem regierenden Parteiblock. Die Sache wäre annehmbar genug; gegen eine Besteuerung des Besitzes haben wir nichts einzuwenden. Aber sie bedeutete hier eine Scheinkonzession, mit der die Regierung die Empörung über die Ausplünderung der Massen beschwichtigen und irreführen wollte, Daher konnte die sachliche Beurteilung nicht mehr maassgebend sein und musste die taktische, die politische Beurteilung in den Vordergrund treten. Die erwünschte Sache einer Besitzbesteuerung sollte ja gerade als Köder dienen, um unsere Partei zu der verkehrten Politik zu verführen zu führen, eine bankrotte reaktionäre Regierung wieder auf die Beine zu helfen. Damit werden die Einfaltspinsel in der Politik immer genasführt, dass man ihnen die rein-sachliche Beurteilung politischer Fragen einzureden versucht. Politische Fragen sind Fragen des Klassenkampfes und dürfen nur von diesem Standpunkt aus behandelt zu werden.

Allerdings wurden auch unter den Revisionisten Stimmen laut, die aus politischen Gründen die Annahme der Erbschaftsteuer wünschten: sie wollten gerade die Bülowregierung unterstützen, damit wir nicht eine noch reaktionärere Regierung bekämen. Nach dieser einleuchtenden Begründung müssten wir aber, da alle Reaktion noch zu übertrumpfen ist, zur regierungsfremdsten aller Parteien werden.

Nun wird oft gesagt, wir sollen uns durch positive Mitarbeit an die Gesetzgebung beteiligen. Das bedeutet, dass wir nach Maassgabe unserer Fraktionsstärke in den politischen Mehrheitskombinationen der anderen Parteien mitmachen sollen. Aber unsere Kraft liegt nicht in der Stärke unserer Fraktion, sondern in unserem Prinzip, in unserer grundsätzlichen Stellung. Als Fraktion, die nur ein Zehntel des Reichstages bildet, ist unser Einfluss in der positiven Mitarbeit äusserst gering; als prinzipielle Oppositionspartei beherrschen wir dagegen die ganze Politik der bürgerlichen Klassen. Schlimmer noch: in der positiven gesetzgeberischen Arbeit ist unser direkte Einfluss gleich null, denn die anderen Parteien, die sich des scharfen Klassengegensatzes sehr gut bewusst sind, dulden eine wirkliche Mitarbeit der Sozialdemokratie an die Gesetzgebung gar nicht. Wo sie uns heranzuziehen versuchen, tun sie es nur um uns zu kompromittieren. In der sogenannten positiven Arbeit sind wir machtlos. Aber als prinzipielle Oppositionspartei, die die bestehenden Verhältnisse rücksichtslos angreift, nötigen wir die Regierungen und die bürgerlichen Parteien, ihre ganze Politik auf diesen Angriff der Arbeiterklasse einzurichten. Was sie dem Proletariat an Reformen geben müssen, wird nur in solcher Weise errungen.

Gerade deshalb sucht die Bourgeoisie uns mit der Phrase der positiven Mitarbeit zum Aufgeben unserer prinzipiell ablehnenden Haltung zu bringen. Würde ihr dies gelingen, würden wir vergessen, wo die Quelle unserer Macht liegt, so würde sie uns nicht mehr fürchten und wären Niederlagen und Rückgang unser verdienter Lohn.

(ap)